

Politologische Aufklärung –
konstruktivistische Perspektiven

Helene Gerhards
Kathrin Braun *Hrsg.*

Biopolitiken – Regierungen des Lebens heute



Springer VS

Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven

Reihe herausgegeben von

Renate Martinsen, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen,
Duisburg, Deutschland

Die Entdeckung des Beobachters bezeichnet in der Gegenwart die zentrale intellektuelle Herausforderung in den modernen Wissenschaften. Der dadurch in zahlreichen Disziplinen eingeleitete „constructivistic turn“ stellt in Rechnung, dass es keinen Zugang zu einer beobachterunabhängigen Realität gibt. Erkenntnisprozesse bilden demnach die Realität nicht einfach ab, sondern sind vielmehr aktiv an ihrer Erzeugung beteiligt. In den letzten Jahrzehnten hat in den Geistes- und Sozialwissenschaften bereits in weiten Bereichen eine Ausdifferenzierung des konstruktivistischen Diskurses stattgefunden – in der Politikwissenschaft setzte diese Entwicklung jedoch erst mit Verzögerung ein. Die Publikationsreihe „Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven“ verfolgt ein Forschungsprogramm, das sich eine konstruktivistische Reformulierung von politikwissenschaftlichen Fragestellungen und Begrifflichkeiten zum Ziel gesetzt hat. Dabei geht es in verschiedenen konstruktivistischen Varianten – wenn auch mit jeweils unterschiedlichen Akzentuierungen – stets um die Frage nach der Produktion von politischer Wirklichkeit und die Frage nach dem Status unseres Wissens.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/11333>

Helene Gerhards · Kathrin Braun
(Hrsg.)

Biopolitiken – Regierungen des Lebens heute

 Springer VS

Hrsg.

Helene Gerhards
Institut für Politikwissenschaft
Universität Duisburg-Essen
Duisburg, Deutschland

Kathrin Braun
Zentrum für Interdisziplinäre Risiko-
und Innovationsforschung (ZIRIUS)
Universität Stuttgart
Stuttgart, Deutschland

ISSN 2566-8390

ISSN 2566-8846 (electronic)

Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven

ISBN 978-3-658-25768-2

ISBN 978-3-658-25769-9 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25769-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Verantwortlich im Verlag: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Der vorliegende Band geht auf Diskussionen im Rahmen der Tagung „Neues aus Biopolis? Die Politik der Biomedizin. Theoretische Reflexionen und empirische Annäherungen“ zurück, die im November 2017 an der Universität Duisburg-Essen im Rahmen der DVPW-Themengruppe „Konstruktivistische Theorien der Politik“ stattfand. Ermöglicht wurde die Veranstaltung durch die finanzielle Unterstützung des Dekanats der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften sowie des Fördervereins der Universität Duisburg-Essen. Wir danken allen ReferentInnen, ModeratorInnen, Teilnehmenden, HelferInnen und Sponsoren herzlich für das Gelingen der Veranstaltung.

Zu Dank verpflichtet sind wir außerdem der Reihenherausgeberin Renate Martinsen, Ute Maack für ihre achtsame und akribische Lektoratsarbeit, der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen für die Bereitstellung der Lektoratsmittel und Karin Teuchler, deren steter Einsatz für organisatorische Belange von großem Wert für uns war.

Allen voran sei den AutorInnen gedankt für ihre anregenden und klugen Texte, ihre Offenheit für inhaltliches und konzeptionelles Feedback und ihre Geduld mit uns Herausgeberinnen. Wir haben die intensive Zeit der Konzeption des Bandes, des Austausches mit den AutorInnen und des Nachdenkens und Schreibens über Biopolitik sehr genossen und hoffen, dass unser Buch den Diskurs zum Konzept der Biopolitik bereichern kann.

Duisburg und Stuttgart
Februar 2019

Helene Gerhards
Kathrin Braun

Inhaltsverzeichnis

Teil I Einleitung

- Leben, Zeit, Regierung – Eine sozialtheoretische
und konstruktivistische Neubestimmung des Konzepts Biopolitik 3**
Kathrin Braun und Helene Gerhards

Teil II Theoretische Konturen der Biopolitik

- Biopolitik als Theorie der Gesellschaft 43**
Florian Geisler und Alexander Struwe
- Biopolitik der Zeit. 67**
Jürgen Portschy

Teil III Biopolitische Subjekte – biopolitische Subjektivierung

- Die Temporalität der Biopolitik – Eine systemtheoretische
Perspektive auf die Regierung ‚symptomfreier Kranker‘ 97**
Marlon Barbehön und Anja Folberth
- The Democratic Biopolitics of PrEP 121**
Karsten Schubert

Teil IV Neue Zugriffe auf die „Bevölkerung“

- Rassistische Zukunftskalkulationen – Zur Biopolitik
einer migrantischen Geburtenrate 157**
Susanne Schultz

Der biopolitische Charme der Familie – Die „nachhaltige Familienpolitik“ und die quantitative und qualitative Regulierung der Bevölkerung in Deutschland	183
Katharina Hajek	
Biopolitik der Angst – Affekttheoretische Anschlüsse an Michel Foucault	209
Amelie Bihl	
Teil V Politische und ethische Konflikte um Bio- und Körperpolitik	
Biopolitics and deliberation – Challenging the ideal of consensus in the name of ethics	229
Alexander Bogner	
Von Ethisierungen, Entmoralisierungen und Entpolitisierungen – Zur Geschichte einer neuen Regierungstechnologie am Beispiel des französischen nationalen Ethikkomitees	249
Sabine Könninger	
Glaube in der Biopolis? – Die biopolitischen Debatten der katholischen Kirche	277
Johannes Ludwig Löffler	
Gefährdete jüdische und muslimische Körper? – Forderungen nach Regulierung der Vorhautbeschneidung in Deutschland.	301
Dana Ionescu	
Teil VI Biopolitik und Kritik: Theoriepolitische Anschlüsse	
Eine politische Wissenschaft der Biomedizin – Politische Selbstbeschreibungen in den Analysen zur Biopolitik.	331
Phillip H. Roth	
Zur Grammatik medizinischer Herrschaft – Reflexionen zur biopolitischen Medizin bei Foucault, Horkheimer und Adorno.	353
Stefan Vennmann	
Nutzbare Körper und „gesteigerte Menschhaftigkeit“ – Biopolitik und Kapitalismus bei Michel Foucault und Walter Benjamin	377
Peter Wehling	

Rassistische Zukunftskalkulationen – Zur Biopolitik einer migrantischen Geburtenrate

Susanne Schultz

Zusammenfassung

Der Text befasst sich mit Migrationspolitik als Biopolitik und mit dem aktuellen Bedeutungsgewinn von Demografiepolitik. Demografische Literatur diskutiert in Deutschland seit einigen Jahren zunehmend das Thema einer differenziellen Geburtenrate von Migrantinnen. Rechte Kräfte skandalisieren eine im Vergleich zum deutschen Durchschnitt höhere ‚Fertilität‘ als Gefahr für eine vermeintliche nationale ethnische Homogenität. Regierungsberatende Institute konstatieren demgegenüber, dass eine ‚migrantische Fertilität‘ sich an eine niedrigere ‚deutsche Geburtenrate‘ anpasse und nicht ausreiche, um einer ‚Alterung‘ der deutschen Nation entgegenzuwirken. Der Text analysiert die Demografisierung von Migrationspolitik als biopolitische Konjunktur, geht beiden Argumentationslinien und den damit verbundenen anti-immigrationspolitischen Positionen nach und untersucht grundlegende Dimensionen dieser segregierenden Wissensproduktion. Vorstellungen eines ‚reproduktiven Verhaltens‘ und einer zukünftigen reproduktiven Genealogie der migrantischen Bevölkerung werden im biopolitischen Zusammenhang von Generativität, Geschlechterverhältnissen und Rassismus kritisch hinterfragt.

Schlüsselwörter

Migration · Demografie · Fertilität · Rassismus · Biopolitik · Stratifizierte Reproduktion · Deutschland · Statistik

S. Schultz (✉)
Berlin, Deutschland
E-Mail: susanneschultz@snafu.de

„There is an emerging discussion about the impact of ongoing immigration to Europe on the character of the European population. This discussion is not primarily motivated by the fact that migrants significantly contribute to Europe’s population growth, but by – compared to European natives – high levels of fertility of first and subsequent migrant generations“ (Bühler und Brüning 2017).

Welche demografischen Effekte hat Migration für die nationale Bevölkerungsentwicklung? Diese Frage, die Migration als Dimension einer langfristigen nationalen Biopolitik der Bevölkerung fasst, ist in den letzten Jahren immer häufiger Thema von demografischer Expertise und Regierungsberatung geworden. In die spekulativen Überlegungen gehen Forschungen von demografischen Think Tanks und politikberatenden Institutionen sowie quantitativ arbeitende universitäre Studien ein, die sich unter anderem damit befassen, wie viele Kinder Migrant_innen in Deutschland durchschnittlich haben. Statistiken über deren ‚generatives‘, ‚demografisches‘ oder ‚reproduktives‘ Verhalten und damit über eine differenziell im Unterschied zur ‚deutschen‘ Geburtenrate ermittelte ‚migrantische Fertilität‘¹ prägen seit Jahren Debatten um Demografiepolitik in Deutschland auf merkwürdig gegenläufige Weise: Auf der einen Seite gibt es eine Kontinuität rechter rassistischer Narrative, die eine höhere Geburtenrate von zugewanderten Frauen problematisieren. Sie warnen vor einer langfristigen Veränderung der Zusammensetzung der nationalen Bevölkerung und verbinden dies je nach politischer Richtung mit Schlagworten wie ‚Multiminoritätengesellschaft‘, ‚Grenzen der Integrationskapazität‘, ‚Überfremdung‘ oder ‚Volkstod‘ (Birg 2001; Sarrazin 2010; Botsch und Kopke 2018). Auf der anderen Seite existiert ein auf den ersten Blick gegenläufiges Narrativ der institutionalisierten regierungsberatenden Demografieforschung, das die ermittelte migrantische Fertilität als zu niedrig interpretiert, um einer vorausgesagten zukünftigen ‚Alterung‘ der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken (UKZ 2001; Schimany 2007; Thum et al. 2015). Da Migrantinnen ihr reproduktives Verhalten an eine niedrige Fertilität der Deutschen ‚anpassten‘, sei Zuwanderung keine Lösung für das Problem des demografischen Wandels. Beide Narrative liefern insofern anti-immigrationspolitische Argumente, auch wenn sie mit unterschiedlichen demografischen Rationalitäten, politischen Agenden oder auch Vorstellungen von Nation verbunden sind. Beide zeigen einen Bedeutungsgewinn des Demografischen in der deutschen Migrationsdebatte und stehen daher im Zentrum dieses Beitrages.

¹Ich verwende einfache Anführungsstriche, um die typischen Diskurselemente bzw. Tropen der Demografiedebatte zu markieren und doppelte Anführungsstriche, wenn ich mich direkt auf eine anschließend erwähnte Quelle beziehe.

Bevor ich diese Narrative genauer daraufhin untersuche, wie Generativitätsverhältnisse, Migrationsregime und Rassismus hier ineinandergreifen, gehe ich auf die Frage ein, inwiefern Migrationspolitik als Biopolitik der Bevölkerung gefasst werden kann. Daraufhin führe ich den spezifischeren Begriff der Demografisierung ein, um eine biopolitische Konjunktur zu erfassen, innerhalb derer die langfristige Verwaltung der Größe und Zusammensetzung der nationalen Bevölkerung explizit politisch verhandelt wird. Danach führe ich in die Statistik, die Forschung und die beiden gegenläufigen Narrative zu Fertilität von Migrantinnen ein und diskutiere in einem nächsten Abschnitt problematische implizite Voraussetzungen dieser segregierenden Wissensproduktion. Abschließend folgen zusammenfassend einige Thesen zur aktuellen deutschen Demografiepolitik und zu Implikationen für das Verständnis von Migrationspolitik als Biopolitik der Bevölkerung.²

1 Migrationspolitik als Biopolitik und die Ambivalenzen einer expliziten Demografisierung

Das Konzept der Biopolitik von Michel Foucault (2001) ist ein wichtiger Ansatz, um Migrationspolitik aus einer staats- und rassismuskritischen Perspektive zu analysieren (Ralser 2016). Zum einen ermöglicht es, Migrationspolitik als staatliche Verwaltung von ‚Bevölkerung‘ zu untersuchen und dabei zu problematisieren, welches spezifische Wissen über die Bevölkerung bzw. über bestimmte Bevölkerungsgruppen wie ‚Ausländer_innen‘, ‚Flüchtlinge‘, ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘ in den staatlichen Akten des Verwaltens und Regierens gleichzeitig vorausgesetzt und hervorgebracht wird (Mecheril und Messerschmidt 2013). Zum anderen lässt sich mithilfe dieses Konzepts aufzeigen, inwiefern Migrationspolitik als Dimension des „Staatsrassismus“ zu analysieren ist (Foucault 2001, S. 282 f.): Migrationspolitiken können angesichts der vielfältigen In- und Exklusionen, die sie organisieren, im Sinne Foucaults als biopolitische Zäsuren interpretiert werden. Diese Zäsuren ermöglichen es dem Staat im Zeitalter der Biopolitik, in dem er auf die Optimierung des Lebens verpflichtet ist, zu töten oder „sterben zu lassen“: Das Töten wird nun mit dem spezifischen staatsrassistischen Argument legitimiert, dass der soziale (oder tatsächliche) Tod

²Der Text basiert auf Ergebnissen des DFG-Projekts „Demografisierung des Politischen? Eine intersektionale Analyse deutscher Migrations- und Familienpolitik seit Mitte der 1990er Jahre“ (www.fb03.uni-frankfurt.de/51281447/DFG).

mancher nötig ist, um das „Leben im allgemeinen“, sprich das Wohl der Nation bzw. der Nationalökonomie zu verbessern (Foucault 2001, S. 300 f.). Ein solches Verständnis von Migrationspolitik als staatsrassistische Biopolitik kann an Rassismusanalysen anschließen, die Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis analysieren (Karakayali 2012; Hall 1994): Migrationspolitiken etablieren und stabilisieren hierarchische gesellschaftliche Verhältnisse, die auf einem segregierenden, homogenisierenden, essentialisierenden und dichotomisierenden Wissen über die ‚Anderen‘ basieren und auf dieser Grundlage gesellschaftliche Zugänge zu Rechten, Ressourcen und Macht organisieren (Attia 2014).

Allerdings erweist sich Foucaults Konzept der Biopolitik zugleich in vielerlei Hinsicht begrenzt, wenn es um die Frage geht, wie Migrationspolitik im Zusammenhang mit den historisch kontingenten Verhältnissen zwischen ‚Bevölkerung‘, Nationalismus und Rassismus untersucht werden kann.³ Dies betrifft, wie etliche Autor_innen inzwischen herausgearbeitet haben, die fehlende Rekonstruktion der Genealogie kolonialer, rassenhygienischer und malthusianischer Hierarchisierungen im Konzept der ‚Bevölkerung‘ (Stoler 1995; Tellmann 2013) sowie die Vernachlässigung der konstitutiven Bedeutung der Nationform für die Genealogie von ‚Bevölkerung‘ im Rahmen ihrer Erfassung und Verwaltung in den imperialen Nationalstaaten und ihren Kolonien (Balibar 1992a; Gutiérrez Rodríguez 2018). Des Weiteren interessiert sich Foucault mit dem Konzept der Biopolitik zwar insbesondere für die „unentbehrliche[n] Voraussetzungen“ des Kapitalismus, die er als Abstimmung der „Menschenakkumulation mit der Kapitalakkumulation“ und als Bewertung und Verwaltung des „lebenden Körpers“ zusammengefasst hat (Foucault 1983, S. 168). Für die Frage, wie Migrationspolitik mit der „Grenze als Methode“, wie Mezzadra und Neilson (2013) es nennen, selbst multiple und hierarchische globale Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hervorbringt, ist der Horizont des Konzepts indes nicht ausreichend. Mit Blick auf das segregierende Wissen, das Migrationspolitik produziert, um die Verwaltung der nationalen Bevölkerung im Verhältnis zu einer zugeschriebenen nationalen (Nicht-) Nützlichkeit der ‚Anderen‘ zu organisieren, ist Biopolitik aber auf jeden Fall der angemessene Begriff – unter der Bedingung, dass Foucaults Perspektive rassistisch-kritisch und in Bezug auf die Nationform geschärft, erweitert und überarbeitet wird.

Im Folgenden führe ich den Begriff der Demografisierung ein, um eine spezifische biopolitische Konjunktur zu bezeichnen, in der die langfristige Größe

³Zum komplexen Verhältnis zwischen Rassismus und Nationalismus siehe etwa Balibar (1992b).

und Zusammensetzung der Bevölkerung explizit in den Fokus politischer Verhandlungen rückt. Damit stelle ich heraus, dass seit einiger Zeit in Deutschland Migrationspolitik explizit als Bevölkerungspolitik oder, um sich von der nationalsozialistischen Geschichte abzugrenzen, als „Demografiepolitik“ verhandelt wird (Mayer 2012). Mit Bezug auf die Arbeiten von Eva Barlösius (2007) und Diana Hummel (2000, 2006) kann Demografisierung als Bedeutungsgewinn demografischer Rationalitäten gefasst werden (Schultz 2015). Unter Rationalitäten verstehe ich wiederum in Anschluss an Foucault spezifische epistemologische Zugriffe auf die Realität, die bestimmte politische Strategien erst plausibel erscheinen lassen (Foucault 2000). Das Konzept der demografischen Rationalitäten macht somit greifbar, dass die Staatswissenschaft Demografie, die gesellschaftliche Probleme und Krisen als ‚demografische‘ interpretiert, eng verknüpft ist mit spezifischen, ‚demografischen‘ staatlichen Lösungsstrategien (Hummel 2000).

Wie gehen nun migrationspolitische Problembeschreibungen und Ziele in die demografischen Rationalitäten ein? Interessanterweise hat die deutsche Demografiepolitik seit Mitte der 1990er-Jahre, als sie im wiedervereinten Deutschland zu einem zunehmend wichtigeren Referenzrahmen für Regierungspolitik wurde, das Thema Migration zunächst kaum bearbeitet (Barlösius 2007; Messerschmidt 2014). Die Debatte konzentrierte sich zunächst eher auf eine Politik der *Anpassung* an einen angeblich unvermeidlichen demografischen Wandel: Die zukünftige ‚Alterung‘ und ‚Schrumpfung‘ der Bevölkerung wurde zur Legitimationsgrundlage für neoliberale Programme des Ab- und Umbaus von Renten- und Sozialpolitik (Kistler und Trischler 2012). Aber auch als sich seit Anfang der 2000er-Jahre die deutsche Regierungspolitik der Frage der *Gestaltung* der demografischen Entwicklung zuwandte, indem sie den Paradigmenwechsel zu einer ‚nachhaltigen‘ oder ‚bevölkerungsorientierten‘ Familienpolitik vollzog, blieb die Frage der Migration weitgehend außen vor (Kahlert 2007). Noch 2012, als die damalige Bundesregierung ihre ressortübergreifende Demografiestrategie deklarierte, befasste sich zunächst nur eine Unterarbeitsgruppe mit der Frage der Anwerbung von hoch qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland (BMI 2012). Seit einigen Jahren wird das Thema Migration aber in der deutschen Demografiedebatte stärker aufgegriffen. Nicht nur die extreme Rechte kann an die Konjunktur einer Demografisierung des Politischen anknüpfen und verbindet im Slogan einer „aktiven Bevölkerungspolitik“ die Forderung einer Geburtenförderung für die Deutschen mit dem Kampf gegen „Masseneinwanderung“ (AfD 2016). Auch regierungsnaher Ressortforschung, Think Tanks und demografische Politikberatung nehmen sich zunehmend der Frage an und erarbeiten Gutachten und Expertisen über demografische Dimensionen und Effekte von Migration (BAMF 2011; Thum et al. 2015).

Die Zurückhaltung, Migrationspolitik explizit als Demografiepolitik zu verhandeln, lässt sich zunächst mit dem Verständnis von Nation in der Geschichte der deutschen Bevölkerungswissenschaft erklären, das von der Reproduktion einer als ethnisch homogen gedachten und nach außen abgeschlossenen nationalen Bevölkerung ausgeht (Heim und Schaz 1996). Dieses Verständnis begründet nicht nur eine völkische Interpretation der Demografie, sondern wird auch durch den methodologischen Nationalismus der demografischen Wissensproduktion selbst verstärkt. Prinzipiell ist das demografische Kerngeschäft die Beforschung einer ‚natürlichen Bevölkerungsbewegung‘, womit Prozesse der Mortalität und Fertilität im nationalen Rahmen gemeint sind. Migration wird dagegen als zusätzlicher Faktor verstanden und in der internationalen Diskussion als Frage des *replacement* (im Unterschied zur *reproduction*) verhandelt (Lanzieri 2013). So ist es nicht erstaunlich, dass sich die deutsche Demografieforschung lange Zeit darauf konzentrierte, und immer noch ihren Schwerpunkt darauf legt, die ‚Reproduktion‘ einer nationalen Bevölkerung prioritär als Frage des Gebärens und Sterbens zu untersuchen – innerhalb eines als abgeschlossen gedachten nationalen Containers (Haug 2017).

Ein Ergebnis dieser Gemengelage war auch, dass sich eine konservativ bis völkisch-national geprägte deutsche Demografie Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre trotz des zunehmenden demografischen Alarmismus einer ‚schrumpfenden‘ oder ‚alternden‘ Nation vehement dagegen aussprach, mehr Zuwanderung sozusagen als demografische Gegenstrategie in Erwägung zu ziehen. So wandte sich 2001 der damalige Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie Herwig Birg im Rahmen der Diskussionen um ein neues Zuwanderungsgesetz vehement gegen eine solche Schlussfolgerung (Birg 2001). Er sorgte sich in seinem Gutachten für das bayerische Staatsministerium um „die Erhaltung der Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft“ und empörte sich, eine „kompensatorische Einwanderungspolitik“ wäre ein „singulärer Prozess in der tausendjährigen Geschichte von Deutschland“ (Birg 2001, S. 15, 28). Gleichzeitig verschaffte sich jedoch auch eine demografische Position Gehör, die sich für ein utilitaristisch begründetes Migrationsmanagement einsetzte. Die als Süßmuth-Kommission bekannt gewordene Regierungskommission erklärte 2001: „Die demografische Entwicklung wird die Bevölkerungszahl und das Arbeitskräfteangebot dezimieren. Es ist daher nötig, geordnete Wege dauerhafter Zuwanderung zu öffnen“ (UKZ 2001, S. 87). Nachdem solche Argumente von nationalkonservativen Kräften zunächst zurückgedrängt wurden,⁴ begannen

⁴Im Zuwanderungsgesetz von 2005 wurden an keiner Stelle demografische Strategien oder Ziele erwähnt.

in den 2010er-Jahren nun auch unternehmensfreundliche neoliberale Think Tanks die Frage langfristiger demografischer Entwicklungen der Erwerbspersonenbevölkerung zunehmend zu thematisieren und das Thema Demografie mit einer Debatte um Strategien einer globalen Arbeitskraftanwerbung zu verbinden. Und als 2015 im ‚Sommer der Migration‘ viele Menschen neu in Deutschland ankamen, entwickelte sich zeitweilig eine demografische Debatte darüber, inwiefern und unter welchen Bedingungen diese Einwanderung auch als günstiger Faktor für die demografische Entwicklung Deutschlands bewertet werden könne. Gefragt wurde nicht nur, wie viel Bevölkerung jährlich zuwandern müsse, um den demografischen Wandel abzumildern, sondern auch, inwiefern die bereits zugewanderten Flüchtlinge als demografisch positives Potenzial zu bewerten seien (Schultz 2016; Messerschmidt 2016).

Allerdings ist diese Rahmung von Migrationspolitik als demografische Frage im Sinne eines utilitaristischen nationalen Migrationsmanagements von Widersprüchen und Ambivalenzen geprägt, die für Prozesse der Demografisierung typisch sind: Zunächst einmal macht die Idee, Migrationspolitik explizit als Bevölkerungspolitik zu fassen, offensichtlich, dass hier eine Illusion staatlicher Erfassung und Steuerung wirksam ist, die der Realität nicht gerecht wird. Demograf_innen mögen das Thema Migration auch deswegen nicht besonders gern, weil es „der Bereich ist, der am schlechtesten zu prognostizieren ist“ und wo „die Datenlage am schlechtesten ist“ (Interview E; Herm und Poulain 2012). Die zukünftige Nettomigration, das heißt die quantitative Differenz zwischen nationaler Zu- und Abwanderung, ist derjenige Faktor in Bevölkerungsprojektionen, der als extrem ‚volatil‘ gilt und das langfristige Zukunftswissen, auf das die Demografisierung des Politischen prinzipiell angewiesen ist, sehr deutlich zu einem spekulativen Wissen macht (Schultz 2018; Messerschmidt 2016).

Eine demografisch begründete Migrationspolitik und ein darauf beruhender nationalstaatlicher Steuerungswahn laufen zudem – einmal abgesehen von dem allgemeinen Eigensinn und der Autonomie der Migration (Mezzadra 2010) – schon deswegen ins Leere, weil ein Großteil der nach Deutschland Zuwandernden aus der Europäischen Union kommt und prinzipiell Freizügigkeit genießt.⁵ Zum anderen stößt die Logik eines bevölkerungspolitisch begründeten Migrationsmanagements, wie es in den letzten Jahren unter dem Thema ‚Obergrenze‘ auch die politische Debatte anheizte, auf die Grenze humanitärer und asylpolitischer bzw. -rechtlicher Rationalitäten. Die Verschiebung

⁵Zu zunehmenden Einschränkungen siehe Carstensen et al. (2018, S. 261).

der Migrationspolitik in Richtung nationalistisch-utilitaristischer demografischer ebenso wie arbeitskraftpolitischer Rationalitäten ist somit auf indirektere, kleinteiligere und implizitere Strategien des Einsickerns dieser Rationalitäten in sozialrechtliche, aufenthaltsrechtliche und asylrechtliche Regulierungen angewiesen – sei es, dass die sozialen Rechte von EU-Bürger_innen eingeschränkt werden (Riedner 2015), sei es, dass Quoten für die Familienzusammenführung eingeführt werden, sei es, dass Asylpolitik zunehmend klassenselektiv ausgestaltet wird (Scherschel 2016; Schultz 2016; Carstensen et al. 2018). Schließlich bleiben demografische Rationalitäten auch insofern einer Ambivalenz und Widersprüchlichkeit unterworfen, als demografische Expertise auf eine langfristige Entwicklung der Bevölkerungsgröße und -zusammensetzung ausgerichtet ist, die Hauptantriebskräfte einer Demografisierung von Migrationspolitik aber arbeitskraftpolitische Strategien sind. Deren Ziel besteht letztendlich darin, die Flexibilität und damit auch Prekarität von Aufenthaltstiteln zu erhalten (Georgi 2016). Das gilt ganz besonders für die Arbeitskraftpolitik einer rassistischen Unterschichtung, die mit einer Politik der Illegalisierung, Entrechtung und Prekarisierung von Aufenthaltstiteln einhergeht (Mezzadra und Neilson 2013; Carstensen et al. 2018). Diese Dimension wird von einer demografischen Expertise, die sich mit einer explizit formulierten staatlichen Politik der langfristigen Steuerung von Migration befasst, eher ausgeblendet und dethematisiert.

Der aktuelle etablierte Demografiediskurs konzentriert sich aus all diesen Gründen derzeit auf zwei Dimensionen einer Biopolitik der Migration: einerseits auf Fragen der Anwerbung von hoch qualifizierten Arbeitskräften aus Nicht-EU-Staaten und andererseits auf Spekulationen über die zukünftige Auswirkung von Zuwanderung auf die nationale Bevölkerungsgröße und -zusammensetzung und deren langfristige national(ökonomisch)e Nützlichkeit. Im Kontext des Letzteren spielt eine Politik der statistischen Annahmen über zukünftige Nettomigration eine wichtige Rolle – und auch die Frage, inwiefern ein differenzielles ‚reproduktives Verhalten‘ von Migrantinnen demografisch relevant ist.

2 Kinder von Migrantinnen als demografischer Faktor

Wie sind die Argumente strukturiert, die die statistische Information über eine durchschnittliche ‚migrantische Fertilität‘ mit der demografischen Zukunft der Nation in Verbindung bringen? Um dies zu beantworten, habe ich Expertisen, wissenschaftliche Artikel und Buchpublikationen seit 2000 untersucht und 2015

eine Reihe von Interviews mit Wissenschaftler_innen aus Forschungsinstituten, Stiftungen und politikberatenden Gremien geführt (Interviews [A](#), [B](#), [C](#), [D](#) und [E](#)). Innerhalb der untersuchten Literatur zeigen sich Unterschiede in Bezug darauf, auf welche statistischen Daten sie sich bezieht (Schmid und Kohls [2009](#)), welche Faktoren sie berücksichtigt und welche Kategorien von ‚Migrantinnen‘ sie zugrunde legt: Frauen, die als Erwachsene oder schon als Kinder eingewandert sind, Frauen der sogenannten zweiten oder weiterer Generationen, Frauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder auch Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft und ‚Migrationshintergrund‘.

Die in dieser Literatur verhandelten Statistiken sind in mehrerer Hinsicht spekulativ. Bis heute gibt es in Deutschland keine allgemeine staatliche Erfassung der Zahl der Kinder, die von Frauen mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder mit oder ohne ‚Migrationshintergrund‘ geboren wurden. Erst seit einigen Jahren sind Hochrechnungen aus dem Mikrozensus (eine Befragung von einem Prozent der Haushalte in Deutschland) eine entscheidende Referenz. Dieser erfasst seit 2008, auf einer lediglich freiwilligen Basis, Daten über die Anzahl der Kinder, die eine Frau zur Welt gebracht hat (Spieß [2012](#)). Auch die Kategorie ‚Migrationshintergrund‘ die es ermöglicht, auch unter den deutschen Staatsbürger_innen segregierend Daten zu erheben, wurde erst 2005 offiziell in die deutsche Bevölkerungsstatistik eingeführt (Supik [2014](#)).⁶ Trotz aller Unterschiede im Hinblick auf die Erfassung der Daten gilt in der von mir untersuchten Literatur als Tatsache, dass die Geburtenrate von ‚Migrantinnen‘ durchschnittlich höher sei als die von ‚einheimischen‘ Frauen oder Frauen ‚ohne Migrationshintergrund‘ und dass die ‚migrantische Fertilität‘ dahin tendiere, zurückzugehen, je mehr Zeit seit der Einwanderung nach Deutschland vergangen sei. Ob diese Geburtenraten aber nun direkt oder indirekt als (immer noch) ‚zu hoch‘ oder (bald) ‚zu niedrig‘ interpretiert werden, hängt davon ab, ob sie auf die zukünftige ‚ethnische‘ oder ‚kulturelle‘ Zusammensetzung oder auf die zukünftige Alterszusammensetzung der Bevölkerung bezogen werden.

⁶Seit 2011 ist die Kategorie vom Statistischen Bundesamt so definiert, dass damit alle Personen erfasst werden, die selbst nicht mit einer deutschen Staatsbürgerschaft geboren wurden, von denen wenigstens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde oder von denen mindestens ein Elternteil nach 1955 nach Deutschland einwanderte.

2.1 Die reproduktive Bedrohung

Die völkisch-nationalen und konservativen Narrative beziehen sich auf die Differenz zwischen der Geburtenrate von ‚nicht-migrantischen‘ oder ‚autochthonen‘ deutschen Frauen und derjenigen von ‚ausländischen‘ oder ‚zugewanderten‘ Frauen, um auf dieser Basis die zukünftige ‚ethnische‘ oder ‚kulturelle‘ Zusammensetzung der Bevölkerung zu berechnen. Herwig Birg, der bis weit in die 2000er-Jahre hinein die sich intensivierende deutsche Mediendebatte zur Demografie entscheidend prägte,⁷ berechnete in seinem Gutachten von 2001 einen zukünftig steigenden Anteil „der Zugewanderten und ihrer Nachkommen“ (Birg 2001, S. 12). In seinem Buch *Die ausgefallene Generation* (Birg 2005) führte er diese Vorausberechnungen genauer aus und betonte, dass seine Erhebungen es im Unterschied zu den Projektionen des Statistischen Bundesamtes ermöglichten, „bei den Deutschen und Zugewanderten mit unterschiedlichen Kinderzahlen pro Frau zu operieren“ (Birg 2005, S. 73). Er projizierte nämlich zwei segregierte Geburtenraten kontinuierlich in die Zukunft, erhob also separat über Generationen hinweg die vermutliche Anzahl von Nachkommen der „Zugewanderten“ und zwar „unabhängig von der formalen Staatsangehörigkeit“ (Birg 2005, S. 71). Seine Annahme war, dass zwischen 1998 und 2030 die Geburtenrate der „Zugewanderten“ von durchschnittlich 1,9 auf 1,64 Geburten pro Frau abnehmen würde und dann konstant bliebe, während er für die „Deutschen“ eine konstante Geburtenrate von durchschnittlich 1,3 Kindern pro Frau annahm. Auf dieser Basis (und der Annahme einer zukünftigen Nettomigrationsrate von 170.000 Personen pro Jahr) berechnete er die Daten bis zum Jahr 2100, also extrem weit in die Zukunft. Für dieses Jahr kam er auf eine nationale Bevölkerungsgröße von insgesamt 46,1 Mio. (gegenüber 82,1 im Jahr 1998), zusammengesetzt aus 21,5 Mio. ‚Deutschen‘ und 24,6 Mio. ‚Zugewanderten‘ (Birg 2005, S. 74).

Die alarmistische Geste solcher extrem langfristigen, höchst spekulativen Berechnungen auf der Grundlage der Idee einer unendlichen Vererbung von Nichtzugehörigkeit ist offensichtlich. Sie dramatisiert zum einen die erwartete Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung und zum anderen die ‚Bevölkerungsschrumpfung‘. Birg entwarf dazu als Bedrohungsszenarium eine „Multiminoritätengesellschaft“, bei der der „Wechsel des Status

⁷Siehe zu seinen medialen Auftritten seine Homepage: www.herwig-birg.de/publikationen/zeitungen/. Zugegriffen: 18. Oktober 2018.

einer Bevölkerungsgruppe von der absoluten Mehrheit zur Minderheit einen demografischen Übergang von großer Tragweite“ darstelle (Birg 2005, S. 109). Die extrem langfristige segregierte Berechnung von „Teilpopulationen“ war seiner Meinung nach legitim, da sich im Fall von Deutschland diese Gruppen „nicht mischen, sondern sogar entmischen“, was einen Gesellschaftstyp zur Folge habe, „in dem jede Teilpopulation eine Minderheit ist“ (Birg 2005, S. 109). Weiterhin behauptete er, dass es sich in Deutschland um „Zuwanderung meist wenig qualifizierter Menschen aus Ländern der Dritten Welt“ handele (Birg 2005, S. 108), ohne dazu irgendwelche statistische Daten zu präsentieren.⁸

Birgs rassistische demografische Dystopie blieb in Deutschland weitgehend unwidersprochen. Zu einer kontroversen Debatte kam es demgegenüber, als der Sozialdemokrat Thilo Sarrazin 2010 sein Buch *Deutschland schafft sich ab* veröffentlichte. Sarrazin entwarf darin eine sehr ähnliche demografische Dystopie mit vielen Referenzen auf Birgs Arbeit.⁹ Sein Buch kann sicher als Katalysator für einen zunehmenden antimuslimischen Rassismus in Deutschland gelten. Es bewirkte jedoch auch, dass sich demokratische, linke und antirassistische Kräfte öffentlich gegen Sarrazins Werk positionierten. Allerdings richtete sich ein Großteil der Proteste gegen Sarrazins biologistische und genetisierende Ausführungen sowie gegen seine offen sozialdarwinistischen Auslassungen, in denen er sich von Birg unterschied (Sarrazin 2010, S. 349 f.). Die weitgehend Birg entsprechenden demografischen Argumente über eine zukünftige Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung jedoch, mit denen Sarrazin vor „qualitativen Verschiebungen in der Geburtenentwicklung Deutschlands“ und vor einer „Zunahme des Anteils bildungsferner Migranten“ warnte (Sarrazin 2010, S. 353), standen kaum im Fokus der Kritik.

Sarrazin forderte ähnlich wie Birg, dass die demografische Forschung mehr über die „Wirkungen der Migration auf die Zusammensetzung der Bevölkerung“ und über die „Auswirkungen der unterschiedlichen Fruchtbarkeit nach Herkunft und sozialer Schichtung“ herausfinden solle (Sarrazin 2010, S. 354). Und

⁸Den Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zufolge bestand die Zuwanderung 2005 insgesamt zu mehr als zwei Dritteln aus europäischen Zuwandernden (Thum et al. 2015, S. 16).

⁹Zum Beispiel erklärte Sarrazin: „Die Besorgnis von Herwig Birg, es könne ein Kulturbruch eintreten, wenn sich muslimische Bevölkerungsanteile über ein bestimmtes Maß hinaus erhöhen, erscheint durchaus realistisch“ (Sarrazin 2010, S. 369).

er betonte besonders eine überdurchschnittliche „Nettoreproduktionsrate¹⁰ der muslimischen Migranten“, die seiner Meinung nach überwiegend „zur Unterschicht“ gehörten (Sarrazin 2010, S. 355). Wie Birg produzierte Sarrazin seine eigenen extrem langfristigen Projektionen, diesmal auf der Basis des Mikrozensus von 2008. Er berechnete eine gesonderte aggregierte Geburtenrate für Frauen aus „Nah- und Mittelost sowie Afrika“ mit einer Tochter pro Frau und stellte dieser eine „Nettoreproduktionsrate“ der Frauen mit „keinem oder anderem Migrationshintergrund“ von 0,65 Töchtern pro Frau gegenüber (Sarrazin 2010, S. 358 f.). Wie Birg berechnete er die „Reproduktion“ dieser Gruppen segregiert durch vier Generationen, sodass er zu einer drastischen proportionalen Verschiebung kam. Aktuell mache die Bevölkerung „aus Nah- und Mittelost sowie Afrika“ einen Bevölkerungsanteil von 6,5 % aus im Verhältnis zu 93,5 % der Bevölkerung mit „keinem oder einem anderen Migrationshintergrund“; nach vier Generationen verschiebe sich dieses Verhältnis zu 71,5 % versus 28,5 % (Sarrazin 2010, S. 359). Dieser alte rassistische Topos einer bedrohlichen Fruchtbarkeit der ‚Anderen‘ und auch der Rekurs auf langfristige spekulative Bevölkerungsprojektionen ist inzwischen von der sich konsolidierenden rassistischen extremen Rechten in Deutschland aufgegriffen worden. So erklärte die AfD 2016 in ihrem Parteiprogramm: „Dabei hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen. Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur“ (AfD 2016, S. 42).

2.2 Die reproduktive Assimilation

Im Unterschied zu diesen offen rassistischen Perspektiven auf eine langfristige ‚kulturelle‘ oder ‚ethnische‘ Bevölkerungszusammensetzung bringen diejenigen Gutachten und Forschungen, die sich am Projekt eines utilitaristischen Migrationsmanagements orientieren, die Daten zu differenzieller Fertilität eher in Verbindung zu deren Effekten auf eine langfristige nationale Altersstruktur. Ergänzend zur Frage, welche zukünftige Nettozuwanderung zu erwarten sei, untersuchen sie auch, ob die Geburtenraten der Zugewanderten dazu beitragen

¹⁰Mit der Nettoreproduktionsrate fasst die Demografie, zu welchem Prozentsatz eine ältere durch eine jüngere Generation durch Fortpflanzung und unter Einbeziehung der Mortalität ‚ersetzt‘ wird.

könnten, den demografischen Wandel, sprich die sogenannte ‚Alterung‘ der Bevölkerung, zu entschleunigen.¹¹ Ein typisches Statement in diesen Narrativen ist, dass die Geburtenraten bei zugewanderten Frauen sich schnell an die ‚deutsche‘ Fertilität angleichen und dass sie deswegen zu niedrig seien, um den langfristigen Trend der ‚Alterung‘ aufzuhalten.¹² Schon 2001 hatte die Süßmuth-Kommission erklärt, dass „die Alterung von Gesellschaften [...] durch Zuwanderung langfristig nicht abgewendet werden [kann], da auch Einwanderer älter werden. Zudem gleicht sich die Fertilität von zuwandernden Frauen an, die gegenwärtig bei einigen Migrantengruppen durchschnittlich noch über der von deutschen Frauen liegt“ (UKZ 2001, S. 69).

Dieser Link zwischen einer sich ‚anpassenden‘ Fertilität von Zugewanderten und dem Effekt der ‚Alterung‘ der Bevölkerung findet sich seitdem in vielen politikberatenden Expertisen und regierungsnahen Forschungen zu Demografie und Migration (Schimany 2007; BAMF 2011; Thum et al. 2015). So begründete etwa das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein hauseigenes Forschungsprojekt zum „generativen Verhalten von Migrantinnen“ folgendermaßen: „Die Relevanz der Migration angesichts stagnierender und alternder Bevölkerungen wurde schon häufig diskutiert, doch das generative Verhalten der Migrantinnen in Deutschland spielte bisher eher eine untergeordnete Rolle“ (BAMF 2011, S. 15). Als zentrales Ergebnis präsentierte das BAMF, dass „das generative Verhalten von Migrantinnen in Deutschland stark von Anpassungsprozessen an die Normen und Werte des ‚Niedrig-Fertilitäts-Landes‘ Deutschland geprägt ist“ (BAMF 2011, S. 5). Ein_e Wissenschaftler_in des BAMF erklärt die Ziele einer solchen Untersuchung im Interview folgendermaßen:

Unser Ausgangs- und Zielpunkt war: Was müssen wir letzten Endes für die Hypothesenentwicklung für Bevölkerungsprojektionen zugrunde legen, was müssen wir eigentlich wissen über das generative Verhalten von Migranten? [...] Unterscheiden sich die Zuwanderer grundlegend von der Bevölkerung sonst in Deutschland, und wie können wir ihr die Effekte ihres Verhaltens auf die Gesamtbevölkerungsentwicklung beziehen? (Interview D).

¹¹Das Statistische Bundesamt erklärte etwa im Anschluss an den ‚Sommer der Migration‘, Zuwanderung habe keinen wesentlichen Effekt auf die ‚Alterung‘ der Bevölkerung (Statistisches Bundesamt, persönliche Mitteilung, 20. Januar 2016).

¹²Auch Birg und Sarrazin, die eigentlich gegen eine vergleichbar höhere ‚migrantische Geburtenrate‘ hetzen, bedienen sich reichlich pragmatisch gelegentlich auch dieses Arguments eines geringen Effektes von Migration auf die ‚Alterung‘ (vgl. Birg 2005, S. 146; Sarrazin 2010, S. 344).

Auf der Grundlage dieser Studie versuchte das BAMF, so mein_e Interviewpartner_in, auch das Statistische Bundesamt zu überzeugen, segregierende Annahmen über eine differenzielle Geburtenrate von Menschen ‚mit Migrationshintergrund‘ in die Bevölkerungsprojektionen einzuführen (Interview D). Das Statistische Bundesamt habe dies allerdings abgelehnt mit der Begründung eines geringen „Aussagenanalysewerts“ der Kategorie „Migrationshintergrund“ und auch wegen möglicher stigmatisierender Effekte einer solchen Differenzierung (Interview D).

Nichtsdestotrotz gibt es seitdem eine ganze Reihe von Forschungsarbeiten, die sich mit einer segregierten Geburtenrate von Migrantinnen und auch deren Nachkommen in Deutschland befassen und diese Bedenken anscheinend ebenfalls nicht teilen. ‚Fertilitätsmuster‘ von Zugewanderten und Prozesse der ‚Anpassung‘ ihres ‚reproduktiven Verhaltens‘ sind Thema von etlichen Projekten staatlicher, semistaatlicher, privater und universitärer demografischer Forschung.¹³ Diese sozialwissenschaftliche Forschung sucht nach statistischen Variablen, die als Determinanten einer differenziellen Fertilität bei neu Zugewanderten oder auch in nachfolgenden Generationen infrage kommen. Differenziert wird nach nationaler oder kontinentaler Herkunft einerseits und nach Faktoren wie Bildung, Einkommen, Religion, Nationalität der Lebenspartner, Zeitpunkt der Migration etc. andererseits. Einige der Studien sagen nichts zur Relevanz ihrer Forschung, während andere Forscher_innen die Bedeutung ihrer Untersuchungen damit begründen, dass „die absolute Zahl sowie der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung seit 1961 nahezu kontinuierlich gestiegen“ sei (Kohls et al. 2013, S. 23) oder dass sie zur Evaluation „möglicher Pfade der Bevölkerungsentwicklung“ beitragen (Bühler und Brüning 2017).¹⁴

Verglichen mit dem alten rassistischen Topos einer bedrohlichen Fruchtbarkeit der ‚Anderen‘ erscheinen diese Narrative der reproduktiven ‚Anpassung‘ auf den ersten Blick ein Gegenpol oder gar eine Gegenerzählung zu sein. Zudem betonen

¹³Zu nennen sind Veröffentlichungen der Demografieabteilung des BAMF (Schmid und Kohls 2009; BAMF 2011) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB) (Naderi 2015; Kohls et al. 2013; Swiaczny 2014), des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung (MPIDF) (Krapf und Wolf 2015), des ifo-Instituts (Thum et al. 2015), des Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) (Stichnoth und Yeter 2013). Auch an einigen Universitäten wird dazu geforscht (Milewski 2009; Bühler und Brüning 2017; Haug 2017).

¹⁴Im Original: „In order to evaluate possible pathways of population development in Europe, determinants of migrant fertility have to be understood.“

einige der Forscher_innen, ihre Forschung mache deutlich, dass Fertilität von strukturellen Variablen oder sozialen Bedingungen abhängt – mehr als von der Herkunft (Interview B). Dennoch bleiben Variablen wie ‚Religion‘ oder ‚Kultur‘ in etlichen Studien zentral (z. B. Stichnoth und Yeter 2013; Schmid und Kohls 2009).¹⁵ Prinzipiell ist es Ziel der quantitativen demografischen Sozialforschung, statistisch relevante Korrelationen zu ermitteln, entsprechend Determinanten der ‚migrantischen Fertilität‘ zu isolieren bzw. ein spezifisch ‚migrantisches‘ Fertilitätsverhalten zu konstruieren und diese Daten auch für demografische Zukunftsprojektionen zur Verfügung zu stellen. Kritisch zu hinterfragen ist hier nicht nur die politische Einbettung der sich neutral gebenden Forschung, insofern sie in einer spezifischen politischen Konjunktur Daten produziert, für die sich ein breites Spektrum anti-immigratorischer Kräfte interessiert (kritnet 2016). Auch die impliziten Vorannahmen dieses Wissens selbst sind zu hinterfragen.

3 Zur Konstruktion migrantischer Zukunftsgenealogien

Zu niedrig oder zu hoch: Beide Narrative über eine differenzielle Fertilität teilen in vieler Hinsicht Grundvoraussetzungen demografischer Rationalitäten, wie sie typisch für Prozesse der Demografisierung sind. Beide Narrative verbinden auf spezifische Weise Generativität und Migration und reproduzieren rassistische diskursive Praktiken der Wissensproduktion über die nationalen ‚Anderen‘. Zwei Dimensionen möchte ich im Folgenden betonen: die theorieblinde reduktionistische Konstruktion eines weiblichen ‚reproduktiven Verhaltens‘, auf deren Grundlage ein subjektloses objektivierendes Wissen über Bevölkerungsdynamiken produziert wird, und die Konstruktion segregierender Generationenfolgen, die ich auch als den Entwurf zukünftiger reproduktiver Genealogien fasse.

¹⁵Vor dem Hintergrund eines sich intensivierenden antimuslimischen Rassismus in Deutschland erscheint zudem problematisch, dass Frauen mit einer türkischen Staatsbürgerschaft oder ‚Migrationshintergrund‘ besonders intensiv beforscht werden (Krapf und Wolf 2015; Naderi 2015; Stichnoth und Yeter 2013; Schmid und Kohls 2009; Milewski 2009).

3.1 Subjektlose Verhaltensforschung

Ein generell problematischer Aspekt der Forschung über eine ‚migrantische Fertilität‘ betrifft den Topos des ‚reproduktiven Verhaltens‘ allgemein. Eine unhinterfragte Voraussetzung ist zunächst einmal, dass diese Forschung sich mit den Angaben über ‚Geburtenraten‘ auf Frauen (oder allenfalls Paare) richtet, nicht auf Männer. Kinder werden in der demografischen Forschung und Produktion statistischen Wissens automatisch Frauen zugeschrieben. Dies ist eine vergeschlechtlichende Rahmung, die als so selbstverständlich erscheint, dass es kaum Studien gibt, die sich damit beschäftigen, wie viele Kinder Männer durchschnittlich haben und wie deren ‚reproduktives Verhalten‘ zu analysieren ist.¹⁶ Zudem blendet eine Forschung, die sich auf ein ‚reproduktives Verhalten‘ von Individuen bezieht, komplexe soziale Verhältnisse des Kinderbekommens aus bzw. reduziert diese auf einige messbare Faktoren eines individuellen oder paarförmigen Verhaltens. Dieser Reduktionismus basiert generell darauf, dass es das Kerngeschäft der Demografie ist, statistische Korrelationen zu produzieren, während typischerweise komplexere gesellschaftstheoretische Fragen zur Einbettung von Generativität in Machtverhältnisse so gut wie gar nicht bearbeitet werden (McCann 2017; Hummel 2000). Individuelle ‚Fertilitätsentscheidungen‘ werden hier aus ökonomistischen Modellen des *rational choice* oder aus eurozentrischen Theoremen des demografischen Übergangs abgeleitet (Heitzmann 2017, S. 62 f.; Dackweiler 2006, S. 89 f.; Hummel 2000).¹⁷ Zwar flossen in den letzten Jahren aus der Familiensoziologie etwas komplexere Ansätze in die Demografieforschung ein – wie etwa der Lebenszyklusansatz oder mikrosoziologische Studien zu innerfamiliären Geschlechterverhältnissen (vgl. Publikationen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, BIB). Es bleibt aber das generelle Ziel einer politikberatenden Fertilitätsforschung, verallgemeinerbare Aussagen über statistisch relevante Determinanten zu entwickeln, und dies steht

¹⁶Wenn dies ganz selten einmal betrachtet wird, ergeben sich große Unterschiede: So zeigt eine Studie des BIB, dass in Deutschland der Anteil kinderloser Männer ohne Bildungsabschluss besonders hoch ist, bei Frauen demgegenüber der Anteil kinderloser Frauen mit Hochschulabschluss (Dorbritz et al. 2015, S. 18 f.).

¹⁷Das Theorem des demografischen Übergangs rekonstruiert auf der Grundlage der demografischen Geschichte Europas idealtypisch verschiedene Phasen (insbesondere in Hinblick auf den Übergang von höheren zu niedrigeren Fertilitätsraten) und erhebt diese zu einer universellen Gesetzmäßigkeit oder auch zu einer Norm, die mit Modernisierung gleichgesetzt wird (McCann 2017).

einem Interesse an der Analyse komplexerer gesellschaftlicher Bedingungen und Zusammenhänge entgegen. Schließlich bedarf es einfacher Wenn-Dann-Modelle, um entweder Ansatzpunkte für die politische Beeinflussbarkeit der Fertilität etwa in der ‚nachhaltigen Familienpolitik‘ zu liefern oder Effekte von Fertilität für die nationale Bevölkerungsdynamik langfristig berechenbar zu machen (Hummel 2006, S. 42 f.).

Es gibt allerdings große Unterschiede, wie eine solche Fertilitätsforschung zu ‚Deutschen‘ oder zu ‚Migrantinnen‘ jeweils in die Demografiepolitik eingeht. Die demografische Forschung zur ‚deutschen‘ Geburtenrate ist in eine pronatalistische, auf die Erhöhung der Geburtenraten von deutschen Mittelschichtsfrauen orientierte Politik eingebettet. Diese Politik zielt darauf ab, Frauen zu ermöglichen, ihre reproduktiven Wünsche zu verwirklichen und den sogenannten *fertility gap* zwischen der statistisch ermittelten gewünschten und tatsächlichen Kinderzahl zu verringern (Spieß 2012). Sie ist insofern auf das subjektive Begehren und die Kinderwünsche der Individuen ausgerichtet, um hier anzusetzen und unter Umständen durch verschiedene öffentliche Maßnahmen, etwa die der ‚Vereinbarkeit von Familie und Beruf‘, pronatalistische Effekte zu erzielen (ZEW 2013; Hajek in diesem Band). Demgegenüber sind die reproduktiven Wünsche und Motivationen von migrantischen Frauen fast völlig abwesend in der demografiepolitischen Debatte.¹⁸ So erklärte zum Beispiel ein_e Wissenschaftler_in des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung (MPIDF) im Interview zur möglichen politischen Relevanz dieser Forschung: „Sicher muss man sich sozialpolitisch fragen, warum das relevant ist. Da ist natürlich die Frage, die auch der Innenminister hat, ob die Fertilität der Migranten zur Erhöhung der Geburtenrate in Deutschland beitragen kann oder nicht“ (Interview A). Keine der interviewten demografischen Forscher_innen und Politikberater_innen nannte die Möglichkeit, dass Forschungsergebnisse helfen könnten, das subjektive reproduktive Begehren von Migrantinnen zu verstehen oder zu unterstützen. Die Forschung über ein migrantisches ‚reproduktives Verhalten‘ wird also direkt an die Frage der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung gekoppelt, während die Frage des individuellen Begehrens oder der Subjektivität

¹⁸Eine interessante Ausnahme stellt hier eine Studie des Familienministeriums zu kinderlosen Migrantinnen und Reproduktionsmedizin dar. Die Autor_innen erklären einleitend zum Forschungsstand: „Dabei wird Kinderlosigkeit meist reflexhaft und selbstverständlich als Phänomen und Problem der (autochthonen) deutschen Bevölkerung behandelt [...]“. Und sie stellen eine „auffällig geringe Aufmerksamkeit, die der Teilgruppe Migrantinnen und Migranten beim Thema Kinderlosigkeit zuteil wird“, fest (BMFSFJ 2015, S. 7).

abwesend bzw. irrelevant erscheint. Dies entspricht der Erkenntnis einer rassistisch-kritischen Forschung, dass die migrantische Bevölkerung in Strategien des liberalen Regierens immer wieder als subjektlos objektiviert, zu subjektlosen Anderen gemacht wird (Gutiérrez Rodríguez 2003).

3.2 Die Verlängerung des Andersseins in die Zukunft

Die Wissensproduktion über ein ‚reproduktives Verhalten‘ von Migrantinnen ist auch deswegen problematisch, weil auf der Grundlage dieses segregierenden Wissens reproduktive Generationenabfolgen in Richtung Zukunft konstruiert werden, die ich als zukünftige reproduktive Genealogien fasse. Die Forschung zum ‚reproduktiven Verhalten‘ ermöglicht es, Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, inklusive ihrer Kinder, weit in die Zukunft hinein als segregiert zu behandelnde und zu beforschende Bevölkerungsgruppe zu konstruieren. Im Rahmen des Narrativs einer differenziellen ‚migrantischen Fertilität‘ verknüpfen sich grundsätzliche Vorbedingungen demografischer Rationalitäten auf spezifische Weise: Auf der einen Seite basiert das Narrativ auf einer ‚reproduktiven Matrix‘, wie sie Susanne Lettow als Ergebnis der europäischen Wissensproduktion zu ‚Fortpflanzung‘ seit dem späten 18. Jahrhundert herausgearbeitet hat (Lettow 2015). Dass wir überhaupt von einer kontinuierlichen Genealogie von Bevölkerungen ausgehen, bildete sich mit einer reproduktiven Matrix heraus, mit der sich die Vorstellung der Übertragung von Eigenschaften von einer Generation auf die nächste etablierte. Innerhalb dieser Matrix wird die zweigeschlechtliche Fortpflanzung mit der Entwicklung menschlicher ‚Rassen‘ eng verknüpft.

Diese Idee verbindet sich in den hier untersuchten Narrativen mit dem bereits angesprochenen methodologischen Nationalismus der Demografie, innerhalb dessen Migration nur als additiver Faktor gilt, während die ‚natürliche Bevölkerungsentwicklung‘ sich aus der Fertilität und Mortalität der nationalen Bevölkerung herleitet. Die Wissensproduktion über das ‚reproduktive Verhalten‘ der Migrantinnen bindet somit die Generation der Kinder, die in Deutschland geboren werden, kontinuierlich an den Migrationsstatus ihrer Mütter und etabliert eine kontinuierliche Genealogie der Generationen einer ‚zusätzlichen‘ Bevölkerung. Ähnlich wie die Kategorie des ‚Migrationshintergrundes‘ mit Bezug auf eine Vergangenheit der Migration eine segregierte Bevölkerung konstituiert (Supik 2014), organisiert dieser Fokus auf ein migrantisches reproduktives Verhalten eine segregierte migrantische Genealogie in Richtung Zukunft. Insofern bestärkt diese epistemische Segregation unterschiedlich reproduktiver migrantischer und nicht-migrantischer

Bevölkerungen das Konzept einer auf Abstammung beruhenden Staatsbürger_innenschaft, wie es immer noch mit gewissen Einschränkungen das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht im Sinne des *ius sanguinis* prägt.

Die Konstruktion langfristiger migrantischer reproduktiver Genealogien beschränkt sich nicht nur auf die offen rassistische völkisch-nationale Literatur. So kann etwa mit der These einer „kulturellen Transmission“ von Fertilitätsmustern (Stichnoth und Yether 2013, S. 3) begründet werden, warum eine segregierende Erforschung unterschiedlich reproduktiver Bevölkerungen über Generationen hinweg betrieben werden sollte. Auch das im Eingang zitierte soziologische Forschungsprojekt an der Leibniz Universität Hannover macht ein Interesse an langfristigen migrantischen Genealogien klar, wenn es sich über eine mangelhafte Datenlage beschwert: „Research on long-term developments of migrant fertility in Europe faces the problem that the reproduction only of the first, second, and very young third generation can be observed“ (Bühler und Brüning 2017). Andere Forschungsinstitute beschränken ihr Interesse zwar auf die ‚zweite Generation‘ oder führen komplizierte Modelle ein, wie sie, im Unterschied zu Birg und Sarrazin, in ihre langfristigen Berechnungen die partielle ‚Naturalisierung‘, also Einbürgerung der folgenden Generationen einberechnen können (z. B. Thum et al. 2015, S. 9, 14). Es bleibt aber dabei, dass solche Forschungen über ein statistisch separat erfasstes aggregiertes ‚reproduktives Verhalten‘ einer sehr heterogenen Gruppe von Menschen stigmatisierend und ausgrenzend wirken. Typisch für die These einer reproduktiven ‚Anpassung‘ ist es zudem, dass die zu einer Ziffer aggregierte durchschnittliche ‚migrantische Fertilität‘, in der die vielfältige und komplexe Lebensrealitäten eines Lebens mit oder ohne Kinder unsichtbar werden, einer ebenso aggregierten ‚deutschen‘ Norm-Ziffer gegenübergestellt – und die Anpassung an Letztere als Zeichen von ‚Integration‘ gewertet wird. Ob ‚Nachkommen‘ von Migrantinnen noch als solche gelten, kann dann auch von ‚ihrer‘ Geburtenrate abhängig gemacht werden, wie mir ein_e Demograf_in des BIB im Interview erklärte:

Integration ist dann vollständig erfolgt, wenn sich die betrachtete Bevölkerungssubpopulation nicht mehr in den für relevant erachteten Kriterien von der autochthonen Population unterscheidet. Also wenn Sie es jetzt aus demografischer Sicht sehen: In dem Moment, in dem es kein signifikanter Unterschied mehr in den Fertilitätskurven und altersspezifischen Fertilitätsziffern zwischen den autochthon deutschen Frauen und Frauen mit einem türkischen Migrationshintergrund mehr besteht, existiert kein Grund mehr, sie zu unterscheiden (Interview C).

Die ‚Fertilität‘ wird hier zum Gradmesser einer Integration, die letztlich als Assimilation an das ‚deutsche‘ Normverhalten verstanden wird.

4 Schlussbemerkungen: Biopolitik, Demografisierung und die reproduktive Matrix

Demografische Rationalitäten prägen derzeit die Debatte um ganz bestimmte Dimensionen von Migrationspolitik in Deutschland, wo sie ihre segregierende epistemische Gewalt entfalten. Einerseits rahmen demografische Expertisen die klassenhierarchische Debatte um Einwanderungspolitik als Hochqualifiziertenanwerbung, andererseits beeinflussen sie die aktuelle Diskussion um Migration mit langfristigen spekulativen Erwägungen über demografische Effekte der Migration. Forschungen über ein ‚reproduktives Verhalten‘ von Migrantinnen konstruieren in diesem Kontext reproduktive Genealogien der ‚Anderen‘ bis weit in die Zukunft – und verknüpfen sich mit unterschiedlichen politischen Agenden und nationalistischen Projekten. Ein spekulatives Zukunftswissen entsteht, das anti-immigrationspolitische Positionen bestärkt, die in der Gegenwart wirksam werden. Auf der einen Seite interpretieren völkisch-nationale Kräfte eine migrantische Geburtenrate, die höher als die deutsche liegt, als Bedrohung der deutschen Nation in ihrer konstruierten ethnischen Homogenität; auf der anderen Seite erklären etablierte Think Tanks und Forschungsinstitute, dass Zuwanderung kaum den demografischen Prozess einer ‚Alterung‘ der deutschen Bevölkerung bremsen könne, und interpretieren hochaggregierte Daten als Prozesse von Assimilation.

Die beiden auf den ersten Blick gegenläufigen Narrative sind mit unterschiedlichen Vorstellungen von Nation verbunden: Ein völkisch-nationales Projekt bezieht sich auf eine imaginierte homogene Vergangenheit der Nation; ein flexibleres, mehr zukunftsorientiertes Projekt zielt darauf ab, die zukünftige Alterszusammensetzung möglichst effizient im Sinne nationalökonomischer und arbeitskraftpolitischer Interessen zu gestalten. Beide Projekte sind jedoch nicht als konträr oder gar antagonistisch zu verstehen, sondern basieren in vielerlei Hinsicht auf ähnlichen Grundannahmen: Beide beteiligen sich an der Produktion eines Diskurses der nationalen Nützlichkeit und Steuerbarkeit von Migration, der gegenüber humanitären oder asylrechtlichen Rationalitäten an Land gewinnt. Zudem ziehen sich diejenigen Kräfte, die eine demografische Nützlichkeit von Migration erwägen – und dann in Bezug auf langfristige Effekte von Zuwanderung auf ‚Alterung‘ auch wieder verwerfen –, in konkreten Politikvorschlägen auf eine sehr begrenzte und flexible Anwerbung hochqualifizierter Fachkräfte zurück (Schultz 2016). Die andere Seite dieser Politik, nämlich die einer Verschärfung von Entrechtung, Illegalisierung, Lagerpolitik, Abschottung und Abschiebung bleibt demgegenüber im Mainstream der Demografiedebatte dethematisiert, aber gleichzeitig darin angelegt und virulent (Schreiner 2013).

Sich mit den problematischen Effekten demografischer Wissensproduktion auseinanderzusetzen, ist eine Herausforderung für eine gesellschaftskritische Epistemologie. Denn die Vorstellung einer segregierten migrantischen reproduktiven Genealogie verweist auf Grundfragen einer nationalen reproduktiven Matrix. Dazu gehört die Idee, dass sich Bevölkerungen über ihre Nachkommen selbst reproduzieren, es also eine soziale Kontinuität von Bevölkerungen über die Generationen hinweg gebe, ebenso wie der methodologische Nationalismus, der die nationale Bevölkerungsdynamik als ‚natürlich‘ rahmt und Fertilität und Mortalität ins Zentrum stellt, während Migration als additiver Faktor gehandelt wird. Prinzipiell gilt es in diesem Kontext, sich von der Selbstverständlichkeit eines staatsrassistischen national(ökonomisch)en Zukunftsprojekts und damit auch vom nationalen ‚Wir‘ zu distanzieren. Eine kritische Reflexion der Diskurse über ‚migrantische Fertilität‘ in aktuellen Prozessen der Demografisierung trägt insofern dazu bei, zu verstehen, wie Rassismus, Generativitätsverhältnisse und Klassenhierarchien in der Biopolitik der Migration zusammenhängen. Und sie ermöglicht darüber hinaus, an der Analyse einer stratifizierten Reproduktion weiterzuarbeiten, um die Machtverhältnisse zu verstehen, innerhalb derer bestimmte soziale Gruppe gefördert und andere davon abgehalten werden sollen, Kinder zu bekommen, Kinder zu betreuen und/oder Kinder zu erziehen (Ginsburg und Rapp 1995, S. 3).

Das Revival demografischer Rationalitäten ist nicht nur ein Trend in Deutschland. In globalen Entwicklungsprogrammen gibt es derzeit ein gesteigertes Interesse an „Bevölkerungsdynamiken.“ Daten über Migration, Geburtenraten und Altersstrukturen werden auf sehr simple und reduktionistische Weise mit nationalökonomischen Indikatoren verknüpft (Wilson 2017; Bendix und Schultz 2018). Eine demografiekritische Forschung ist auch hier nötig, um Wissensproduktionen und Programmen entgegenzutreten, die an unterschiedlichen Geburtenraten als Lösung für globale Krisenphänomene ansetzen und in denen Statistiken über das Humankapital Vorrang haben vor einer Kritik global ungleicher Verhältnisse der Produktion und Aneignung von Ressourcen.

Literatur

- AfD (Alternative für Deutschland). 2016. Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Partei Alternative für Deutschland. Stuttgart 30. April/1. Mai 2016.
- Attia, Iman. 2014. Rassismus (nicht) beim Namen nennen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13 (14): 8–14.
- Balibar, Etienne. 1992a. Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie. In *Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten*, Hrsg. Etienne Balibar und Immanuel Wallerstein, 107–130. Hamburg: Argument.

- Balibar, Etienne. 1992b. Rassismus und Nationalismus. In *Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten*, Hrsg. Etienne Balibar und Immanuel Wallerstein, 49–84. Hamburg: Argument.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge). 2011. *Generatives Verhalten und Migration. Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland*. Berlin: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Barlösius, Eva. 2007. Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands*, Hrsg. Eva Barlösius und Daniela Schiek, 9–32. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bendix, Daniel, und Susanne Schultz. 2018. The political economy of family planning: Population dynamics and contraceptive markets. *Development and Change, Focus Issue* 49 (2): 259–285.
- Birg, Herwig. 2001. *Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland*. Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums. Bielefeld, Dezember 2001.
- Birg, Herwig. 2005. *Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*. München: Beck.
- BMFSFJ. 2015. *Kinderlose Frauen und Männer: Befragte mit Migrationshintergrund. Ungewollte und gewollte Kinderlosigkeit im Lebenslauf und Nutzung von Unterstützungsangeboten*. Berlin: BMFSFJ.
- BMI (Bundesministerium des Inneren). 2012. *Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung*. Berlin.
- Botsch, Gideon, und Christoph Kopke. 2018. Der „Volkstod“. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia. In *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*, Hrsg. Juliana Lang und Ulrich Peters, 63–90. Hamburg: Marta-Press.
- Bühler, Christoph, und Bianca Brüning. 2017. The Fertility of Migrants and Minorities in Europe. Research project presentation at the website of Leibniz Universität Hannover. Institut für Soziologie, Universität Hannover. <https://www.ish.uni-hannover.de/11921.html>. Zugegriffen: 30. Nov. 2017.
- Carstensen, Lisa, Lisa-Marie Heimeshoff, und Lisa Riedner. 2018. Der Zwang zur Arbeit. Verwertungslogiken in den umkämpften Regimen der Anwerbe-, Flucht- und EU-Migration. *Sozial.Geschichte Online*, 23: 235–269. https://sozialgeschichteonline.files.wordpress.com/2018/08/vorverc3b6ffentlichung_sgo_23_carstensen_ua_zwang_zur_arbeit.pdf. Zugegriffen: 30. Jan. 2019.
- Dackweiler, Regina. 2006. Reproduktives Handeln im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime. In *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*, Hrsg. Peter A. Berger und Heike Kahlert, 81–107. New York: Campus.
- Dorbritz, Jürgen, Ralina Panova, und Jaasmin Passet-Wittig. 2015. *Gewollt oder ungewollt? Der Forschungsstand zu Kinderlosigkeit*. BIB working paper 2/2015. Wiesbaden.
- Foucault, Michel. 1983. *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2000. Die Gouvernementalität. In *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Hrsg. Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann, und Thomas Lemke, 41–67. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Foucault, Michel. 2001. *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1975–1976*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Georgi, Fabian. 2016. Ökonomie der Flucht und der Migration. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 46 (2): 183–203.
- Ginsburg, Faye D., und Rayna Rapp. 1995. Introduction. In *Conceiving the new world order: The global politics of reproduction*, Hrsg. F. D. Ginsburg und R. RaS. 1–18. Los Angeles: University of California Press.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación. 2003. Gouvernamentalität und die Ethnisierung des Sozialen. Migration, Arbeit und Biopolitik. In *Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*, Hrsg. Marianne Pieper und Encarnación Gutiérrez Rodríguez, 161–178. New York: Campus.
- Gutiérrez Rodríguez, E. 2018. The coloniality of migration and the refugee crisis: On the asylum-migration nexus, the transatlantic white European settler colonialism – Migration and racial capitalism. *Refuge* 34 (1): 16–28.
- Hall, Stuart. 1994. *Rassismus und kulturelle Identität*. Hamburg: Argument.
- Haug, Sonja. 2017. Migration und migrationsbedingte Veränderungen der Bevölkerungsstruktur Befunde, Prognosen, Herausforderungen. In *Die transformative Macht der Demografie*, Hrsg. Tilman Mayer, 257–278. Wiesbaden: Springer VS.
- Heim, Susanne, und Ulrike Schaz. 1996. *Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte*. Berlin: Schwarze Risse.
- Heitzmann, Daniela. 2017. *Fortpflanzung und Geschlecht. Zur Konstruktion und Kategorisierung der generativen Praxis*. Bielefeld: transcript.
- Herm, Anne, und Michel Poulain. 2012. Economic crisis and international migration. What the EU data reveal? *Revue Européenne de Migrations Internationales* 28 (4): 145–169.
- Hummel, Diana. 2000. *Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht*. Opladen: Leske + Budrich.
- Hummel, Diana. 2006. Demographisierung gesellschaftlicher Probleme? Der Bevölkerungsdiskurs aus feministischer Sicht. In *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*, Hrsg. Peter A. Berger und Heike Kahlert, 27–52. New York: Campus.
- Kahlert, Heike. 2007. Demographische Frage, „Qualität“ der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 37 (1): 61–76.
- Karakayali, Juliane. 2012. Rassismus in der Krise. *Femina Politica* 21 (1): 99–106.
- Kistler, Ernst, und Falko Trischler. 2012. Altersarmut und Methusalem-Lüge, Wie die Senkung des Rentenniveaus mit demografischen Mythen begründet wird. In *Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung*, Hrsg. Christoph Butterwegge, Gerd Bosbach, und Matthias W. Birkwald, 163–174. New York: Campus.
- Kohls, Martin, Robert Naderi, und Susanne Schmid. 2013. Die Auswirkung wanderungsbezogener und sozioökonomischer Aspekte auf das generative Verhalten türkischer Migrantinnen in Deutschland. *Bevölkerungsforschung aktuell. Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung* 2:23–28.
- Krapf, Sandra, und Katharina Wolf. 2015. Persisting Differences or Adaptation to German fertility Patterns? First and Second Birth Behaviour of the 1.5 and Second Generation Turkish Migrants in Germany. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67:137–164.

- kritnet (Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung). 2016. Offener Brief in Reaktion auf CfP „The Fertility of Migrants and Minorities“. kritnet. kritnet.org/2016/demografie-und-rassismus/?from=box-d1. Zugegriffen: 13. Aug. 2017.
- Lanzieri, Giampaolo. 2013. Old and New Measures of Population Replacement. A Comparative Review with Application to European Countries. Conference paper, August 2013. ResearchGate. www.researchgate.net/publication/258208913. Zugegriffen: 26. Aug. 2017.
- Lettow, Susanne. 2015. Population, race and gender: On the genealogy of the modern politics of reproduction. *Distinktion* 16 (3): 267–282.
- Mayer, Tilman. 2012. Demografiepolitik. Working Paper des Berliner Demografie-Forums. Ausgabe 2. Januar 2012. Berlin. https://www.berlinerdemografieforum.org/wp-content/uploads/2016/10/120102_demografiepolitik_mayer.pdf. Zugegriffen 11. Feb. 2019.
- McCann, Carole R. 2017. *Figuring the Population Bomb. Gender and Demography in the Mid-Twentieth Century*. Seattle: University of Washington Press.
- Mecheril, Paul, und Astrid Messerschmidt. 2013. Abseits der Assimilation: Konturen non-affirmativer subjektorientierter Migrationsforschung. *Psychologie und Gesellschaftskritik* 27 (3/4): 137–154.
- Messerschmidt, Reinhard. 2014. „Garbled demography“ or „Demographization of the social“? A Foucaultian Discourse Analysis of German Demographic Change at the Beginning of 21st Century. *Historical Social Research* 39 (1): 299–335.
- Messerschmidt, Reinhard. 2016. Demografisierung des Gesellschaftlichen. Eine diskursanalytische Bestandsaufnahme. In *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven*, Hrsg. Julian Hamann, Jens Maeße, Vincent Gengnagel, und Alexander Hirschfeld, 319–357. Wiesbaden: Springer VS.
- Mezzadra, Sandro. 2010. Autonomie der Migration – Kritik und Ausblick. Eine Zwischenbilanz. Grundrisse. www.grundrisse.net/grundrisse34/Autonomie_der_Migration.htm. Zugegriffen: 7. Okt. 2018.
- Mezzadra, Sandro, und Brett Neilson. 2013. *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham: Duke University Press.
- Milewski, Nadja. 2009. *Fertility of immigrants and their descendants in west Germany – An Event-history Approach*. (Diss., Universität Rostock).
- Naderi, Robert. 2015. Kinderzahl und Migrationshintergrund. Ein Vergleich zwischen Frauen türkischer Herkunft mit oder ohne eigene Wanderungserfahrung sowie Frauen ohne Migrationshintergrund in Westdeutschland. *Zeitschrift für Familienforschung* 3:322–342.
- Ralser, Michaela. 2016. Die Illegitimen. Grenz- und Migrationsregime in biopolitischer Perspektive. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 41 (3): 63–77.
- Riedner, Lisa. 2015. Justice for Janitors? Marktbürgerschaft, Freizügigkeit und EU-Migrantinnen im Arbeitskampf. Einblicke in ein aktivistisches Forschungsprojekt. *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (2): 1–25.
- Sarrazin, Thilo. 2010. *Deutschland schafft sich ab*. München: DVA.
- Scherschel, Karin. 2016. Citizenship by work? Arbeitsmarktpolitik im Flüchtlingsschutz zwischen Öffnung und Selektion. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 46 (2): 245–266.
- Schimany, Peter. 2007. *Migration und demographischer Wandel. BAMF Forschungsbericht 5*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

- Schmid, Susanne, und Martin Kohls. 2009. Reproductive behaviour of migrant women in Germany: Data, patterns and determinants. *Vienna Yearbook of Population Research* 7 (1): 39–61.
- Schreiner, Patrick. 2013. Die „Nation“ als neoliberale Existenzgemeinschaft: gescheiterte Heilslehren, gebrochene Versprechen und ökonomisch-soziale Krisen. In *Nation-Ausgrenzung-Krise: kritische Perspektiven auf Europa*, Hrsg. Sebastian Friedrich und Patrick Schreiner, 43–52. Münster: Assemblage.
- Schultz, Susanne. 2015. Reproducing the nation: The new German population policy and the concept of demographization. *Distinktion. Scandinavian Journal of Social Theory* 16 (3): 337–361.
- Schultz, Susanne. 2016. Die zukünftige Nation. Demografisierung von Migrationspolitik und neue Konjunkturen des Rassismus. *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 2 (1): 117–138.
- Schultz, Susanne. 2018. *Demographic futurity: How statistical assumption politics shape immigration policy rationales in Germany*. Environment and Planning D: Society and Space. <https://doi.org/10.1177/0263775818772580>.
- Spieß, C.Katharina. 2012. Zeit, Geld, Infrastruktur und Fertilität: Befunde empirischer Mikrostudien und was wir daraus lernen können. In *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik*, Hrsg. Hans Bertram und Martin Bujard, 321–336. Baden-Baden: Nomos.
- Stichnoth, Holger, und Mustafa Yeter. 2013. Cultural Influences on the Fertility Behaviour of First- and Second-Generation Immigrants in Germany, ZEW Discussion Paper No. 13–023. SSRN. <https://ssrn.com/abstract=2256550>. Zugegriffen 10. Jan. 2019.
- Stoler, Anne L. 1995. *Race and the education of desire: Foucault's history of sexuality and the colonial order of things*. Durham: Duke University Press.
- Supik, Linda. 2014. Making up ethnicities in der amtlichen Statistik. Working Paper Series „Gender, Diversity and Migration“ 3, Frankfurt a. M.: Goethe-Universität, FB Gesellschaftswissenschaften. http://www.fb03.uni-frankfurt.de/51634145/Supik_WP.pdf. Zugegriffen: 10. Jan. 2019.
- Swiaczny, Frank. 2014. Integration und Reproduktionsverhalten, Kurzdossier für die Bundeszentrale für politische Bildung. bpb. www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/176231/integration-und-reproduktionsverhalten. Zugegriffen: 14. Aug. 2018.
- Tellmann, Ute. 2013. Catastrophic populations and the fear of the future: Malthus and the genealogy of liberal economy. *Theory Culture Society* 30 (2): 135–155.
- Thum, Marcel, Elma Delkic, Alexander Kemnitz, Jan Kluge, Gesine Marquardt, Tom Motzek, Wolfgang Nagl, und Patrick Zwerschke. 2015. *Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- UKZ (Unabhängige Kommission Zuwanderung). 2001. *Zuwanderung gestalten, Integration fördern*, Bericht vom 4.7.2001. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Wilson, Kalpana. 2017. Re-centring ‚Race‘ in Development: Population Policies and Global Capital Accumulation in the Era of the SDGs. *Globalizations* 14 (3): 432–449.
- ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH), et al. 2013. *Geburten und Kinderwünsche in Deutschland: Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen*. Gutachten für die Prognos-AG, 29.4.2013. Mannheim.

Interviews

Interview A mit Wissenschaftler_in des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung am 9.7.2015 in Rostock.

Interview B mit Wissenschaftler_in des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung am 22.7.2015 in Wiesbaden.

Interview C mit Wissenschaftler_in des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung am 22.7.2015 in Wiesbaden.

Interview D mit Wissenschaftler_in des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge am 8.9.2015 in Nürnberg.

Interview E Telefoninterview mit Wissenschaftler_in ehemals des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und inzwischen in der universitären Forschung am 17.9.2015.